

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 16. 31. Jahrg.

19. April 1918.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1 Mk. vierteljährlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domnitz, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schandau, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Patitzelle ober deren Raum 20 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieber sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Belagungen nach Übereinkunft. — Zeitschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt: Hauptteil: Die Kosten der Lebenshaltung und das Einkommen. Rundschau. Sozialpolitik der Kriegsbeschädigten. — Allgemeines: Ortsberichte. Karlsruhe i. B. — Der Lithograph: Über die Zukunft der Lithographie. I. — Die photomechanischen Fächer: Prüft selbst! — Opfer des Krieges. Anzeigen.

Die Kosten der Lebenshaltung und das Einkommen.

In einem guten Teil der bürgerlichen Presse wird bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf die »hohen Kriegslöhne« hingewiesen, die angeblich von den Arbeitern und Arbeiterinnen verdient werden sollen.

Besonders sind es die den Unternehmerverbänden und den großindustriellen Kriegsgewinnlern nahestehenden oder von ihnen ausgehaltenen Blätter, die es so darzustellen versuchen, als hätten die Löhne der »Munitionsbarone« und »Granatengrafen«, wie die fleißigen Hersteller des deutschen Kriegsbedarfs höhnend genannt werden, eine geradezu schwindelhafte Höhe erreicht. Man möchte dadurch die Aufmerksamkeit von den Wuchererwerbenden ablenken, die von den Kriegslieferanten auf Kosten des ganzen Volkes zusammengeschart werden, mit welcher selbstsüchtigen Skrupellosigkeit dabei zu Werke gegangen wird, das hat der Fall Daimler mit aller Deutlichkeit offenbart. Um diese unangenehmen Enthüllungen zu übertönen, schreit man jetzt nach dem Muster des Spitzbubens, der sich auf der Flucht vor den Verfolgern retten will, unter Hinweis auf die »Kriegsgewinne der Arbeiter« aus Leibeskraften »Haltet den Dieb!«

Der brave deutsche Pfahlbürger ist nur zu leicht geneigt, dieses Gesdrei für bare Münze zu nehmen. Daraus ergibt sich für die Arbeiterpresse die Notwendigkeit, dieser Irreführung und Vergiftung der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken mit Tatsachenmaterial, das wenigstens dem urteilsfähigen Teile des Volkes zeigen muß, was das Gerede von den hohen Arbeiterlöhnen in der Kriegszeit wirklich wert ist. Eine gute Gelegenheit dazu bietet jetzt wieder eine Denkschrift über die Lebenshaltung im Kriege, die der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen den deutschen Reichsbehörden und den bundesstaatlichen Regierungen überreichte und die einen Überblick über die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel verglichen mit dem Einkommen der Arbeiter, Beamten und Privatangestellten enthält. Die Angaben stützen sich fast durchweg auf amtliches statistisches Material, sodaß sie auch von dem, der einseitige statistische Erhebungen mit einer gewissen Voreingenommenheit zu betrachten geneigt ist, als zuverlässig angesehen werden müssen.

Die Zusammenstellung liefert zunächst den ziffernmäßigen Nachweis für den Grad der Steigerung der Lebensmittelpreise in der Kriegszeit. Nach den Feststellungen des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes in Berlin über die Kleinhändlerhöchstpreise in 51 preussischen

Städten stieg von September 1915 bis September 1917 der Preis z. B. für ein Hühnerlei um mehr als das Dreifache, von 8,6 auf 33,8 Pfg.; für 1 kg. Roffleisch um 253 Proz., von 91,7 auf 324,4 Pfg.; für Eßkartoffeln um 188 Proz., von 7,1 auf 20,5 Pfg.; für Eßbutter um 110 Proz., von 269,7 auf 558,9 Pfg.; für 1 Liter Vollmilch um 79 Proz., von 21,1 auf 37,9 Pfg. Selbst der Preis für das notwendigste Nahrungsmittel, das Brot, ist trotz aller behördlichen Preisfestsetzungen fast um ein Drittel gestiegen, und zwar von 29,1 auf 35,7 Pfg. für das Kilogramm, das sind 9,6 Pfg. oder 32 Proz. Der Preis des Weizenmehls ging von 37,5 auf 49,9 Pfg. oder um 31 Proz., der des Roggenmehls von 29,9 auf 43,4 Pfg. oder um 45 Proz. in die Höhe!

In ähnlicher Weise wie im Kleinhandel trat die Preissteigerung schon im Großhandel in die Erscheinung. So erhöhte sich z. B. der Preis für 100 Kilogramm Eßkartoffeln von 5,14 Mk. im September 1913 auf 17,87 Mk. im September 1917, also um 12,73 Mk. oder um 247 Proz.; für Weizenmehl von 30,50 Mk. auf 38,70 Mk., also um 8,20 Mk. oder um 26 Proz., für Roggenmehl von 24,80 Mk. auf 34,90 Mk., also um 10,10 Mk. oder um 40 Proz. Geradezu ungeheuerlich war besonders die Steigerung des Großhandelspreises für Kartoffeln, der 1917 um das Zweieinhalbfache höher war als 1913. Da der Kleinhandelspreis nur um 188 Proz. gestiegen ist, ergibt sich, daß aus dieser gewaltigen Verteuerung der Kartoffeln der Großhandel und vor allen Dingen wohl der Erzeuger seinen Vorteil gezogen hat.

Noch viel unheimlicher als bei den genannten Nahrungsmitteln waren die Preissteigerungen bei Gemüse und Obst. So stiegen z. B. die Berliner Großhandelspreise nach amtlichen Notierungen der Markthalle von Oktober 1913 bis Oktober 1917 nach den festgesetzten Höchstpreisen für 50 Kilogramm Spinat von 4-7 auf 39 Mk., Tomaten von 8-14 auf 42 Mk., Zwiebeln von 3-3½ auf 17 Mk., Kürbis von 3-4½ auf 13 Mk., Apfel von 4-11 auf 16-55 Mk. und Birnen von 6-15 auf 14½-51 Mk., also um das Drei- bis Fünffache! Und in Leipzig gingen die Gemüse- und Obstpreise nach den Feststellungen der Markthallenverwaltung über die erste Augustwoche der Jahre 1914 bis 1917 in dieser Zeit für Salatgurken um 50, Zwiebeln um 75, Rotkohl um 100, Weißkohl, Rhabarber und Radieschen um 150, Birnen um 200, Apfel um 215, Blumenkohl um 220, Pilze um 250, Blattsalat um 300, Wirsingkohl und Rettiche um 400, Tomaten und Möhren um 500, Kohlrabi um 566⅔% und grüne Bohnen sogar um 900 Proz. hinauf!

Die Fleischpreise haben sich nach den Veröffentlichungen des Kaiserlich Statistischen Amtes während der Kriegszeit im Reichsdurchschnitt weit mehr als verdoppelt. Nach den Feststellungen schwankte die Erhöhung der Kleinhandelspreise von 1913 (Jahresdurchschnitt) bis 1917 (Oktober) für Rindfleisch in 22 deutschen Großstädten zwischen 86 Proz. in Straßburg in Elsaß und 207 Proz. in Frankfurt a. M., unter 100 Proz. blieb die Preissteigerung neben Straßburg nur

in Hildesheim (88), Bremen (92) und Mannheim (98), während sie in allen anderen 18 Städten über 100 und in Frankfurt a. M. sogar über 200 Proz. betrug. Für Schweinefleisch schwankte die Preissteigerung zwischen 54 Proz. in München und 164 Proz. in Berlin.

Ebenso wie die Nahrungsmittelpreise sind auch die Kosten für Beleuchtung und Heizung in der Kriegszeit ganz gewaltig in die Höhe getrieben worden. Das Liter Petroleum, das nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes in Berlin 1913 20,50 Pfg. kostete, mußte 1917 mit 32 Pfg. bezahlt werden, was einer Erhöhung um 11,5 Pfg. oder um 56 Proz. entspricht. Der Preis für Steinkohlen stieg in derselben Zeit um 68, für Braunkohlenbriketts je nach der Sorte um 69 und 77 Proz.! Das war die durchschnittliche Steigerung in 51 preussischen Städten. Sie wurde in einzelnen Orten noch bedeutend überboten. So stieg z. B. der Kleinverkaufspreis für Braunkohlenbriketts in Altona um 212 und für Braunkohlen in Magdeburg sogar um 237 Proz.!

Diese bedeutenden Preissteigerungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung werden durch die Preistreiberei für Textilwaren, also auf dem Gebiete der Bekleidung, noch weit in den Schatten gestellt. So betrug nach dem Konfektionär die Preise z. B. für Tuche (reine wollene Kammgarne und Gahardines) früher 3-4½, jetzt 40-45 Mk., für halbwoollene Stoffe, früher 1,60-2,50, jetzt 24-27 Mk., für Hemdentuche früher 22-50 Pfg., jetzt 6-7 Mk., für das Dutzend baumwollene Socken früher 3, jetzt 48 Mk., für wollene Damenstrümpfe früher 1,30-2,75, jetzt 12-15 Mk. usw. Die Preise sind also zum Teil um das Zehnfache und noch darüber hinaus gestiegen; Damenhemden haben sogar nach dem Konfektionär eine Preissteigerung um rund 1500 Proz. erfahren!

Auf jedem anderen Gebiete liegen die Verhältnisse ähnlich. Nach Feststellungen, die der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in einem großen Berliner Warenhause machen ließ, kosteten z. B. emaillierte Kochtöpfe bis 1915: 1,10 Mk., 1917: 4,25 Mk., Einmachgläser 1915: 0,58, 1917: 1,70 Mk., Steingutöpfe 1915: 1,15 Mk., 1917: 4,00 Mk., Gießkannen 1915: 2,20 Mk., 1917: 7,80 Mk., Scheuertücher 1915: 0,35 Mk., 1917: 2,50 Mk. und so fort. Es gibt wohl keinen Gegenstand, der nicht im Preise ganz wesentlich gestiegen wäre, sodaß wohl nicht zu viel gesagt wird mit der Behauptung: die Kosten der Lebenshaltung in ihrer Gesamtheit haben sich im Laufe des Krieges weit mehr als verdoppelt. —

Daß mit dieser ungeheuerlichen und drückenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung die Erhöhung der Arbeiterlöhne, auch wenn sie noch so bedeutsam gewesen sein sollte, auch nur annähernd gleichen Schritt gehalten hätte, wird mit gutem Gewissen niemand behaupten können. Gewiß, die Löhne sind im allgemeinen höher geworden, zum Teil auch ganz beträchtlich, aber an das Verhältnis der Preissteigerung auf allen Gebieten und der Verteuerung der Lebenshaltung reichten die Lohnerhöhungen auch im günstigsten Falle noch

lange nicht heran. Auch hierfür liefert die amtliche Statistik den vollen Beweis.

Nach der stichprobenweisen Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die sich, ausgehend vom Friedensmonat März 1914, auf die beiden letzten Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916 erstreckt, zeigt sich in der Gesamtheit der befragten Gewerbegruppen für die männlichen Arbeiter vom März auf September 1914 ein Rückgang von 5,17 auf 5,12 Mk. An den folgenden Stichtagen stieg der männliche Durchschnittslohn ununterbrochen bis auf 7,55 Mk. Das ist vom März 1914 bis September 1916 eine Lohnsteigerung um 46 Proz. Der weibliche Durchschnittslohn ging in derselben Erhebungszeit um 34,1 Proz. in die Höhe. Bis 1917, für das amtliche Zahlen noch nicht vorliegen, mag sich der Lohn um einige Prozent weiter erhöht haben. Die mehr als hundertprozentige Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten wird aber auch durch eine Erhöhung des Lohnes um die Hälfte des vor dem Kriege geltenden Satzes eben nur zur Hälfte gedeckt. Der Lohn müßte sich mindestens verdoppelt haben, wenn er die Preissteigerungen auf allen Gebieten auch nur einigermaßen ausgleichen sollte.

Gewiß, in einigen Industrien geht die Lohnsteigerung von März 1914 bis September 1916 über den vom Kaiserlich Statistischen Amt berechneten Durchschnitt von 46 Proz. für männliche und von 34,1 Proz. für weibliche Arbeiter hinaus. So ist in der Maschinenindustrie der männliche Lohn um 48, der weibliche um 70,2 Proz. gestiegen, in der elektrischen Industrie von 64,6 bzw. 74,5 Proz. In der Eisen- und Metallindustrie blieb die Lohnsteigerung der männlichen Arbeiter mit 44,5 Proz. hinter dem Durchschnitt von 46 Proz. zurück; dagegen hat sich der Lohn der Arbeiterinnen um 99,5 Proz. erhöht, der einzige Fall, in dem sich der Lohn durchschnittlich fast verdoppelt hat. Diesen Lohnsteigerungen über den Durchschnitt hinaus stehen aber andere gegenüber, die weit hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. So stieg der Lohn der Arbeiter in der chemischen Industrie um 34,2 Proz. (der Arbeiterinnen um 50,4 Proz.), in der Papierindustrie um 40,6 Proz., in der Gewerbegruppe Holz- und Schnitzstoffe um 32,9 Proz. (der Arbeiterinnen um 30,2 Proz.) und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe gar nur um 8,2 Proz. (der Arbeiterinnen um 37,6 Proz.)

Diese Angaben lehren mit aller Klarheit, was daserede von den »hohen Kriegslöhnen« der Arbeiter, von den »Arbeitern als Kriegsgewinnlern« auf sich hat. Während die Unternehmungen, wie die Betriebsergebnisse der Aktiengesellschaften aufweisen, ihre Gewinne vervielfachten, ging der Arbeiterlohn im Durchschnitt nur etwa um die Hälfte des Satzes vor dem Kriege in die Höhe. Er hielt in keinem Falle, wie die Angaben über die Kosten der Lebenshaltung lehren, mit der Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel gleichen Schritt, sondern blieb noch mindestens um die Hälfte hinter dieser zurück. Daraus ergibt sich, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter trotz allen Lohnzulagen nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Die Arbeiter mögen nur, trotz alles feindseligen Geschreis in ihrer Arbeit für die Erhöhung ihrer Löhne nicht erlahmen.

Rundschau.

Die Beitragserhöhung. Nachdem 99 Prozent der Kollegen die zur Urabstimmung gestellte Frage mit »Ja« beantwortet haben, betragen die Wochenbeiträge vom 1. April d. Js. ab:

- 1,50 Mk. für Vollmitglieder,
- 1,20 Mk. für Mitglieder die bisher 1 Mk. zahlten,
- 90 Pfg. für Mitglieder die bisher 80 Pfg. zahlten,
- 80 Pfg. für weibliche Mitglieder, die bisher 60 Pfg. zahlten,
- 55 Pfg. nur für die Krankenkasse zahlende Mitglieder, die bisher 45 Pfg. zahlten,
- 50 Pfg. für solche Mitglieder, die nach § 30 bisher 40 Pfg. nur für die Invalidenkasse zahlten.

Beitragsreste können bis zum 1. Mai dieses Jahres durch die bisherigen Beitragsmarken be-

glichen werden. Nach dieser Zeit dürfen für die noch vorhandenen Reste von den Kassierern nur noch neue Marken verkauft werden.

Kollegen! Wir erwarten, daß alle Mitglieder auch fernerhin ihre Beiträge pünktlich bezahlen und kein Kollege seine Rechte aufs Spiel setzt. Auch von denjenigen Kollegen erwarten wir das, die gegen die Erhöhung des Verbandsbeitrages gesimmt haben. Denn nur das ist gewerkschaftliche Disziplin. Jeder Kollege muß in der schweren Zeit des Krieges seiner Organisation die Treue bewahren!

25 Jahre Berliner Gewerbegericht. Am 10. April waren es 25 Jahre her, seit das Berliner Gewerbegericht gegründet wurde. Der erste Leiter des Gewerbegerichts, das sich im Laufe der Jahre immer mehr als eine segensreiche Einrichtung erwiesen hat, war der jetzige Leiter der Landesversicherungsanstalt Berlin Geheimer Regierungsrat Dr. Freund, der im Jahre 1893 vom Magistratsrat v. Schulz, der gleichzeitig auch zum Vorsitzenden des Berliner Kaufmannsgerichts bestellt wurde, abgelöst wurde. Als segensreich hat sich die Errichtung von Einigungsämtern erwiesen, durch die das Gewerbegericht zahlreiche Streitigkeiten bei Ausständen friedlich beilegte. Auch sonst wird bei den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ein großer Teil der Prozesse durch Vergleiche aus der Welt geschafft.

Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände. Die letzte Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften, die am 25. und 26. März in Berlin stattfand, genehmigte nach dem ausführlichen Berichte des »Korrespondenzblattes« zunächst den Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission für 1917. Der entstandene Fehlbetrag von 114 069,28 Mark wurde aus dem Vermögen der Generalkommission gedeckt, das dadurch auf 224 118 Mark zurückging. Der Gesellschaft für soziale Reform ist die Generalkommission als Mitglied beigetreten. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland sucht für sein ständiges Büro einen Sekretär. Geeignete Meldungen aus Gewerkschaftskreisen werden als besonders erwünscht bezeichnet. Den Beschluß der Vorstandskonferenz zur Kriegsteilnehmerorganisation haben wir bereits mitgeteilt. Hauptberatungsgegenstand der Vorstandskonferenz war eine Eingabe über die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Vom dem Referat Umbreit entschloß sich die Vorstandskonferenz, den früheren Standpunkt der Gewerkschaften aufzugeben, der nur Reichszuschüsse zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung nach dem sogenannten Genter System forderte und eine öffentliche rechtliche allgemeine zwangsweise Arbeitslosenversicherung zu verlangen. Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit könne man den Gewerkschaften die Kosten für diese ohne ihr Zutun entstandene Erscheinung nicht mehr aufbürden. Die Eingabe soll mit den übrigen Gewerkschaftszentralen zum Zwecke gemeinsamer Einreichung an die gesetzgebenden Körperschaften beraten werden.

Der Schneiderverband hat im Jahre 1917 4172 Mitglieder zugenommen. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist auch im Jahre 1917 noch um 779 zurückgegangen, so daß jetzt der Gesamtverlust seit Kriegsbeginn 27 308 beträgt. Bei den weiblichen Mitgliedern steigt die Zahl hingegen schon seit dem Jahre 1915, und die absolute Zunahme seit Kriegsbeginn beträgt jetzt 5066.

Der Wahlrechtsentscheidung entgegen. Unsere preußischen Junker und ihre gleichgesinnten schwerindustriellen Interessenten haben keinerlei Lust, in Schönheit zu sterben. Sie suchen sich verzweifelt gegen den Verlust ihrer alten Herrschaftsstellung zur Wehr zu setzen. Daß die Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses auch in der zweiten Lesung das gleiche Wahlrecht mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt und mit dem gleichen Stimmenverhältnis das Pluralwahlrecht beschlossen hat, hat keinerlei Überraschung hervorgerufen. In der ersten Lesung ist diese Beschlussfassung bekanntlich mit 20 gegen 15 Stimmen erfolgt. So bleibt von der schändlichen Entscheidung des Wahlrechtsausschusses nur zu loben, daß sie rasch erfolgt ist und den Entscheidungskampf im Plenum beschleunigt. Die absolute Mehrheit beträgt 217. Von diesen 217 hat die konservative Partei 143; es fehlen ihr zur Mehrheit 74 Stimmen. Mit Bestimmtheit treten für das gleiche Wahlrecht ein 162 Abgeordnete; es fehlen ihnen zur Mehrheit 55. Wie die nationalliberale Mitte stimmen wird, davon hängt das vorläufige Schicksal der Wahlreform ab. Die Möglichkeit einer Landtagsauflösung und eines darauf folgenden Wahlkampfes muß jedenfalls in allem Ernst ins Auge gefaßt werden. An dem Ausgang eines solchen Wahlkampfes aber sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ganz Deutschlands außerordentlich interessiert. Es gilt geradezu das Brutnest aller deutschen Reaktion endgültig auszurasieren.

Auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes für Personen, die Anspruch auf Kriegsversorgung haben, sind seit 1. Oktober 1917 im Bereich des Preussischen Kriegsministeriums 7474 zustimmende Bescheide der stellvertretenden Generalkommandos ergangen.

Sozialpolitik und Kriegsbeschädigte.

Wie wir einem Bericht des »Vorwärts« entnehmen, verdienen aus den Beratungen des Bundestages des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer zwei Punkte besonders hervorzuheben zu werden. In erster Linie die Verhandlungen über das sozialpolitische Bundesprogramm. Hierüber berichtete Stoßmann-Ulm. Er legte die schweren Mängel des Mannschaftsversorgungs-Gesetzes und des Militärhinterbliebenen-Gesetzes eingehend dar und forderte ihre gründliche Reform. Die Rentensätze müßten so festgelegt werden, daß sie den entstandenen wirtschaftlichen Schäden möglichst vollkommen ausgleichen. Diese Festsetzung müsse durch Spruchinstanzen erfolgen, bei denen Kriegsbeschädigte mitwirkten. Sie müßten über die Frage der Dienstbeschädigung, über Gewährung, Entziehung, Heraus- und Herabsetzung der Renten entscheiden. Den Dienstbeschädigten müsse bei Abweisung ihrer Ansprüche ein ordentlicher Rechtsweg offenstehen. Der Unterschied zwischen Kriegs- und Friedensdienstbeschädigung sei zu beseitigen. Eine Anzahl einschränkender Bestimmungen für die Gewährung der Verstümmelungszulage müsse fallen. Die einschränkenden Fristen für die Gewährung der Hinterbliebenenversorgung seien zu beseitigen.

Von der Sozialversicherung sei zu fordern, daß sie den Invaliditätsbegriff weitherzig auffasse und ihre Pflichten gegenüber denen der Militärverwaltung genau abgrenze. In Berufsarten, die gesundheitlich nachteilig für sie seien, dürften Beschädigte nicht beschäftigt werden.

Die medizinische Fürsorge sei durch Abschaffung des Operationszwanges und durch Beseitigung der bürokratischen Umständlichkeit bei der Bewilligung von Ersatzgliedern sozial auszu gestalten. Bei Wiedereinweisung in militärische Heilanstalten müßten die Familien vor Not geschützt werden.

Besonderen Nachdruck legte der Referent auf die Mitwirkung der Kriegsbeschädigten selbst in den zivilen Fürsorgeorganisationen. Die Beschädigten müßten möglichst dem früheren Beruf wieder zugeführt werden. Bei Berufswechsel sei sorgfältige Beratung nötig. Die Familien müßten während der Ausbildungszeit genügende Unterstützung erhalten. Die Anrechnung der Rente auf Lohn oder Gehalt müsse verboten werden. Die dauernde Beschäftigung der Beschädigten sei gesetzlich zu sichern. Weiter forderte der Referent genügende Ausstattung bedürftiger Heeresangehöriger bei der Entlassung mit Zivilkleidern, Schutz vor Ausbeutung durch Abzahlungsgeschäfte, Kriegsvollkassen zum Wiederaufbau zerstörter Existenzen, großzügige Wohnungs- und Siedlungsreform zur Bekämpfung der Terrain- und Häuserspekulation unter Wahrung der Freizügigkeit und Ablehnung jeder politischen Auslese; über alle Organisationen der Kriegsbeschädigten müsse das Reich unter Mitwirkung der Kriegsbeschädigtenverbände eine strenge Kontrolle ausüben.

In zweiter Linie sind die staatsbürgerlichen Forderungen der Kriegsbeschädigten zu erwähnen, über die Reidstagsabgeordneter Davidsohn sprach.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer können an den Fragen der Sozialpolitik und a. u. d. an denen der allgemeinen Politik unmöglich achtlos vorbeigehen. Parteipolitische und religiöse Neutralität sei durchaus zu wahren. Aber der Bund müsse den Kriegsteilnehmern die ihnen gebührende Stelle im öffentlichen Leben schaffen und erhalten helfen. Er lehnt jede Parteipolitik ab, treibt aber eine Bundespolitik, die völlige Gleichstellung der Kriegsteilnehmer in allen staatsbürgerlichen Rechten mit allen übrigen Teilen der Bevölkerung und Förderung einer Reichspolitik fordert, die der Entstehung künftiger Kriege, in die Deutschland hineingerissen werden könnte, vorbeugt.

Verschiedentlich wurde auf der Tagung ausschließliche Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten gefordert und davon der Anschluß an den Bund abhängig gemacht.

Wiederholt drohten die Einigungsverhandlungen an dieser Meinungsverschiedenheit zu scheitern. Schließlich erklärten aber sämtliche Vertreter der widersprechenden Minderheit, daß sie sich mit der Aufnahme der Kriegsteilnehmer einverstanden erklärten, wenn die Resolution Davidsohn zurückgezogen würde, und die besonderen staatsbürgerlichen Forderungen im Bundesprogramm fielen. Von der Mehrheit wurde darauf eine Erklärung vorgeschlagen, die besagt, daß die Resolution Davidsohn keinerlei Parteipolitik in den Bund trage und die Anschauungen der Mehrheit des Bundestages treffend wiedergäbe, aber im Interesse der Einigung von einer Abstimmung abgesehen und der Gegenstand zur endgültigen Formulierung an den Vorstand und den nächsten Bundestag zurückverwiesen werde. Dieser Vermittlungsvorschlag fand Zweidrittelmehrheit, worauf die Vertreter sämtlicher anwesenden Verbände ihren Willen zur Verschmelzung mit dem Bund bekundeten. Einstimmig wurde der Name des Bundes festgesetzt: Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

Karlsruhe 1. B. Bericht der außerordentlichen Hauptversammlung vom 22. März 1918. Die nur mäßig besuchte Versammlung wie als einziger Punkt zur Tagesordnung die Urabstimmung zur Beitragserhöhung auf. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung auf die schon wiederholt in der »Graphischen Presse« und in Flugschriften erschienenen Begründungen und Darlegungen des Hauptvorstandes aufmerksam gemacht hatte, ergriff der Gauvorsitzende, Kollege Schweinfurt, der das Referat übernommen, das Wort. In klaren Worten gab derselbe einen Rückblick auf die Entwicklung unseres Verbandes und beleuchtete insbesondere die schweren Stürme, die unser Verband zu bestehen hatte, sowie die gewaltigen finanziellen Opfer die vom Verbands schon zu leisten waren. Als wir im Jahre 1914, so führte der Referent aus, uns etwas erholen zu können glaubten, kam dieser fürchterlichste aller Kriege und drohte auch unsern Verband unzuwerfen. Aus den gewaltigen Wirnissen, die bei Ausbruch des Krieges Platz griffen, hat sich unser Verband wieder so weit erholt um die statutarischen Verpflichtungen größtenteils wieder einführen zu können. Es stehen dem Verbands jedoch noch so gewaltige Aufgaben bevor, daß es unumgänglich notwendig erscheint die Beiträge zu erhöhen, deren Annahme der Referent in Anbetracht der Umstände dringend empfahl. Allgemeiner Beifall lohnte dem Redner für seine klaren Ausführungen. Nachdem noch einige Kollegen zur Urabstimmung gesprochen, wurde auch auf unsere Invaliden- und Witwenunterstützungskasse hingewiesen, welche den Verband schon große Opfer kostete. Es war die allgemeine Stimmung der Versammlung, daß hier unbedingt zu gegebener Zeit reformierend eingegriffen werden müßte, was in der Annahme folgender Resolution Ausdruck fand:

Die am 22. März 1918 im Restaurant »Salmen« tagende Versammlung erkennt die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung als eine unbedingte Notwendigkeit an, erwartet aber vom Hauptvorstand, daß derselbe sobald als möglich eine Verbesserung der Krankenunterstützung in irgend einer Weise eintreten läßt und empfiehlt demselben die baldige Aufnahme der Vorarbeiten zur Neuregelung der Invaliden- und Witwenkasse.

Die hierauf erfolgte Abstimmung ergab die Abgabe von 30 Stimmen, die sämtliche mit Ja stimmten. Nachdem der Vorsitzende seinen Dank für die Annahme der Vorlage ausgesprochen, wur len zum Schluß noch einige interne Angelegenheiten besprochen.

Der Lithograph.

Über die Zukunft der Lithographie.

Die in Nr. 52 der »Graphischen Presse« aufgeworfene Umfrage über die Zukunft der Lithographie hat bis jetzt nur einige Einzelstimmen auf den Plan gerufen. Auf eine gründliche Bearbeitung der gestellten Fragen ist dabei nicht eingegangen worden. Allerdings ist das eine ziemlich umfangreiche Arbeit, weil es sich hier um einen ganzen Komplex von Fragen handelt. Immerhin verdienen diese eingehende Beachtung, da sie sehr gut durchdacht sind und ohne Weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragen werden können. Alles Wissenswerte über unsere Berufsfrage in Gegenwart und Zukunft würde durch ihre Beantwortung bloßgelegt. Eine gründliche Aussprache über diesen Gegenstand wird das teilweise noch schlummernde Bewußtsein über unsere Lage und unsere Zukunftsaussichten wecken und uns wertvolle Richtlinien für künftige Aufgaben an die Hand geben. Dazu bieten die gestellten Fragen eine vorzügliche Handhabe. In nächstehendem will ich versuchen, ihnen gerecht zu werden, wenn auch in zwangloser Weise. Ich urteile dabei nur nach persönlichen Ansichten und Erfahrungen. Anspruch auf unumstößliche Gültigkeit der Folgerungen aus meinen Beobachtungen erhebe ich nicht.

Von dem Niedergang der Lithographie ist hauptsächlich die Chromolithographie betroffen. Sie repräsentiert sozusagen die kompakte Masse, das Gros der Berufstätigen. Die Wandlungen, die die Merkantillithographie durchzumachen hat, sind nicht so grundstürzender Art. Sie sind vorwiegend Stil- oder Modefragen, durch die wohl einige Verschönerungen im Besitzstand eintreten, die aber keine allzugroße Verringerung desselben herbeiführen.

Die Zeiten, in der das buntfarbige Bild von A bis Z ausschließlich von der Hand des Lithographen hergestellt wurde, sind wohl für immer vorbei. Die reine Chromolithographie beschränkt sich hauptsächlich auf Arbeiten größerer Dimensionen oder einfacherer Flächenbilder, Plakate und Etiketten.

Aufträge jedoch, die Arbeitskräfte oft wochen- und monatelang in ihren Dienst spannten, werden heute auf anderem Wege hergestellt. Welche enorme Ersparung von Arbeitskräften, die als überflüssig nach und nach abgestoßen wurden, durch diesen Umschwung herbeigeführt werden mußte, das kann jeder ermessen, der nur einigermaßen mit dem Wesen unseres Berufes vertraut ist. Verbilligung und Erhöhung des Konsums milderten den Zeretzungsprozeß wohl teilweise, konnten ihn aber nicht aufhalten.

Wer rückschauend die Bahn verfolgt, die unser Beruf im letzten Jahrzehnt genommen hat, dem erscheint sie wie eine lange, abschüssige Ebene, die steil abfallend noch weiter bergab führt. Der Ausblick auf eine ansteigende Richtung will sich zur Zeit noch nirgends bieten.

Die schrittweise Verdrängung unseres Berufes chronologisch zu schildern, erübrigt sich als hinlänglich bekannt. Nur um sie etwas deutlicher zum Bewußtsein zu bringen, will ich einige typische Beispiele aus meinen Erfahrungen und Beobachtungen herausgreifen, um das Fazit zwischen dem Einst und dem Jetzt zu ziehen. Sie mögen vielleicht etwas drastisch sein, denn nicht überall wird der Umschwung in so krasser Form in die Erscheinung getreten sein, immerhin bieten sie doch ein brauchbares Spiegelbild der allgemeinen Berufsfrage der Lithographen.

Eine Anstalt, die bei ihrem Umfange und ihrer Bedeutung für das ganze Reichsgebiet, gewissermaßen als Barometer für die jeweilige Konjunktur angesehen werden konnte, hatte in ihrer Blütezeit einen Personalstand von 130 Köpfen, im Durchschnitt 90 in der Lithographie beschäftigt, eingerechnet die Lehrlinge. Schon lange vor Kriegsausbruch war diese Ziffer auf ein Dutzend heruntergegangen. Zur Zeit sind noch weniger, obwohl es diese Anstalt nie versäumt hatte, sich den neuen Techniken anzupassen und ihnen Konzessionen zu machen. Eine andere hatte 25-30 Leute im Hause und eine Anzahl Privatlithographen außerhalb desselben beschäftigt. Seit 10 Jahren sank diese Ziffer auf 5, 3 und 2. Viele Privatlithographien vegetierten seit einer Reihe von Jahren mit nur ganz geringem Personalstand. Heute sind sie gänzlich stillgelegt. Ihre Inhaber im Heeresdienst, zum größten Teil aber außer Beruf läßt.

Die Leipziger Lithographen-Sektion zählte als Höchstziffer einen Bestand von 735 Mitgliedern. Am 1. Juli 1914, also noch vor dem Kriege, waren es nur noch 383, zur Zeit sind es noch 84, von denen ein Teil noch gezwungen ist, außerberuflich zu arbeiten.

Länder mit hoher Auswanderungsziffer sind in der Regel nicht in der Lage, einem Teil der Landeskinder eine auskömmliche Existenz zu bieten. Ähnlich liegen die Dinge in unserem Beruf, daher die erschreckend große Zahl der Abwanderungen. Nur die Unsicherheit der Existenzbedingungen, das bittere Muß und die Hoffnung auf ein anderweitig besseres Fortkommen haben Teile unserer Kollegenenschaft veranlaßt, ihrem angelernten Berufe den Rücken zu kehren. Das mag nicht immer mit leichtem Herzen geschehen sein.

Untersucht man die Gründe dieser Erscheinung, so sind sie mannigfacher Art. Amerikanische Zollschranken, Tangiermanier, veränderter Kunstgeschmack haben gewiß ihr Teil beigetragen, Arbeitskräfte überflüssig zu machen. Sie alle aber treten zurück gegenüber dem Siegeszug der neuen photo-mechanischen Techniken, die der zeitraubenden mühevollen und daher teuren Handtechnik den alten Besitzstand stückweise entreißen und das verbliebene Gebiet weiter bedrängen und bedrohen. Dabei ist dieser Prozeß noch voll im Werden begriffen, die Entwicklung und Vervollkommnung der vielen neuen Verfahren macht rüstige Fortschritte und liefert nicht nur Quantitäts-, sondern Qualitätsresultate. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß Faktoren mit am Werke sind, die einigermaßen ausgleichend wirken und Gelegenheit bieten Neuland zu erobern. Hinreichend Ersatz für das Verlorengegangene können sie nicht bringen. Der Effekt, daß in Zukunft die Nachfrage nach lithographischen Arbeitskräften weiter sinken wird, bleibt nach meiner Ansicht bestehen.

Es ist im Rahmen dieser Abhandlung unmöglich alle technischen Neuerungen und Druckverfahren, die die Lithographie unausgesetzt bedrängen, erschöpfend zu behandeln. Hierüber ist von berufener Seite genügend Aufklärung geschaffen. Nur Einzelnes sei herausgehoben.

Die photomech. Fächer.

Prüfet selbst!

Das Resultat unserer Urabstimmung über die Beitragserhöhung darf uns mit berechtigtem Stolz erfüllen. Leider hat sich dabei eine große Chemigraphen-Mitgliedschaft durch die Vertagung ihrer Abstimmung der Stimme enthalten. Eine absolute Verneinung der Bedeutung dieser Urabstimmung führte zu diesem Beschluß. In dieser Versammlung fiel das Wort: »es gibt wohl keinen Chemigraphen, der nicht die 20 Pf. zahlen könnte.« — Es war vielmehr die irrtümliche Annahme, der

Hauptvorstand wolle mit seinem Antrage auf Beitragserhöhung einen Umbau des Verbandes vornehmen. Da hätten jene Kritiker allerdings Recht, die da meinen, zu einer solchen Neuordnung des Verbandes wären die 20 Pf. Mehrbeitrag der jetzt noch vorhandenen wenigen Mitglieder eine lächerliche Summe. Sie sollen in der Tat nur das Mittel sein, den bis jetzt erreichten Stand des Verbandes bis zum Zeitpunkt der Wiederkehr aller Kollegen aufrecht zu erhalten. Doch damit wollen wir uns heute nicht besonders beschäftigen.

In jener Versammlung, mehr aber noch bei Aussprachen in Betrieben, sind Stimmen laut geworden, die, wie immer, wenn irgend wo eine Verstimmung über Verbandsmaßnahmen zu beobachten ist, kein besseres Mittel glauben vorschlagen zu können, als die Abspaltung der unzufriedenen Kollegen vom Verbands. Wieder soll die Idee der Sonderorganisation einer Berufsgruppe die ersehnte Rettung aus allen Verärgörungen bringen; vergessen sind alle trüben Erfahrungen, die die Gewerkschaften in dieser Hinsicht schon überreichlich gemacht haben. Wir glauben nun keineswegs, daß die Kollegen, die den Gedanken in weitere Kreise getragen haben, oder die diese Drohung zur Unterstützung ihrer Absichten glauben aussprechen zu müssen, nicht selbst von der absoluten Unwirksamkeit derselben überzeugt sind. Nichts wäre verkehrter, als ihre Intelligenz so gering einschätzen zu wollen. Das kann aber leider nicht verhindern, daß andere, die weniger mit dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung vertraut sind, in diesem Vorschlage eine besonders geniale Lösung erblicken. Wir wollen daher einmal versuchen, die Wirkung einer solchen Abspaltung auf unseren Chemigraphenberuf zu untersuchen.

Das Chemigraphiegewerbe ist eine eigenartige Mischung von verschiedenartigen Betrieben. Einmal finden wir darin die großen Mammuth-Zeitungsbetriebe, die im allgemeinen Klichschee nur für den eigenen Hausbedarf anfertigen lassen. Dann finden wir daneben wieder andere, die große Verlagsdruckereien, wieder andere, die umfangreiche Schriftgießereien im Hauptbetriebe führen. Für sie alle ist die Chemigraphie nur ein Nebenbetrieb, der zum Teil von recht untergeordneter Bedeutung ist. Bei Verhandlungen über Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen werden in diesen Betrieben erstere Gefahren weniger zu fürchten sein, weil geringere Erhöhung der Betriebskosten für den Gesamtbetrieb von geringerer Bedeutung sind. Anders bei den reinen Klichscheefabriken, die mit wenigen Ausnahmen Kleinbetriebe sind. Sie allein führen untereinander die schärfste Konkurrenz; sie sind von dem Ertrag ihres Umsatzes in Klichschee abhängig, sie sind vielfach gezwungen, die Kalkulation ihrer Fabrikate auf Pfennigen zu berechnen. Solche Betriebe sind im allgemeinen leichter geneigt, in den Forderungen der Gehilfen eine Bedrohung ihres Geschäftsertrages zu erblicken; mit ihnen kommt es daher wesentlich leichter zu ernststen Differenzen. Es sind dieselben Firmen, die vielfach zur Schmutzkonkurrenz neigen, und die daher auch in bezug auf die tarifliche Bindung gern auseinander streben. Wo sich bisher in den Unternehmerkreisen des Chemigraphiegewerbes Bestrebungen auf Lösung aus der tariflichen Gemeinschaft bemerkbar machten, da handelte es sich ausschließlich um diese reinen chemigraphischen Anstalten. Nur die Furcht, im Konfliktsfalle die eingearbeiteten Gehilfen und damit den bisher innegehabten geschäftlichen Vorteil zu verlieren, hält sie davon ab, ihre Bestrebungen auf gewerbliche Desorganisation allzu scharf hervortreten zu lassen. Nichts könnte diesen Kreisen willkommen sein, als eine Uneinigkeit oder gar Spaltung der Gehilfenschaft. Diese Charakterisierung trifft natürlich nur auf diejenigen Prinzipale zu, die bei dem alleinigen Gedanken an den augenblicklichen geschäftlichen Vorteil jede Erinnerung an die bejammernswürdigen Verhältnisse, die vor dem Bestehen der Tarifgemeinschaft in unserem Gewerbe vorhanden waren, vermissen lassen. Beachten wir aber bitte noch eine. Das Chemigraphiegewerbe ist kein einheitliches Gewerbe wie andere. Es ist als Teilarbeit entstanden und in der Kriegszeit hat die Teilarbeit noch größeren Umfang angenommen. Schon ist in Prinzipalskreisen der Gedanke ausgesprochen, die Beschäftigung von Frauen dadurch nutzbringender zu machen, daß die Arbeit noch mehr als bisher in verschiedene Verrichtungen zerlegt wird, der Anlernungsprozeß also noch mehr abgekürzt wird. Das bedeutete leichteres Anlernen von Streikbrechern in Konfliktsfällen.

Wenn wir es recht bedenken, dann müssen wir doch zugeben, daß unser Gewerbe durch den Tarif und nicht zuletzt durch die Zwangsorganisation erst zu einem einheitlichen Gewerbe zusammengeschweißt worden ist. Das hat aber auch gleichzeitig der Gehilfenschaft den gewerkschaftlichen Rückhalt, den festen Zusammenhalt gegeben. Ohne die straffe berufliche Disziplin, die durch die Zwangsorganisation ermöglicht wurde, könnten wir unsere gewerkschaftliche Tätigkeit keineswegs nachhaltig ausführen. Hier liegt die Ursache unserer Kraft, aber auch die Möglichkeit, alles bisher Erreichte in fabelhaft kurzer Zeit verlieren zu können. In kaum einem Gewerbe sind die geschäftlichen Interessen der Unternehmer so verschiedenartig

gerichtet, wie in der Chemigraphie. In kaum einem anderen Gewerbe sind die Gehilfen so bunt aus den verschiedensten Berufen angelehnt worden, sind die anderen so auf eine ganz kleine Teilarbeit ausgebildet worden, wie in der Chemigraphie. Nehmt diesem Gewerbe die straffe organisatorische Bandage, und es fällt kraftlos auseinander.

Nun wird man uns antworten: wir wollen ja stark werden, darum wünschen wir den Anschluß an eine starke Organisation. — Soweit sich dieses Bestreben auf die Erkenntnis stützt, daß unsere heutige Organisationsform erst der Anfang einer gewerkschaftlichen Organisation im graphischen Gewerbe ist, daß wir eine Organisation schaffen müßten, die alle im graphischen Gewerbe beschäftigten Gehilfen umfaßt, soweit dürfte es in unserem Verstande keinen geben, der nicht dasselbe Ziel anstreben möchte. Die Unverantwortlichkeit aber, die den Kollegen jenen Sonderlohn ins Ohr gesetzt haben, wollen diesen Anschluß nach Möglichkeit nur für die Chemigraphen, um dann die anderen Berufskollegen in noch größerer gewerkschaftlicher Schwäche zurückzulassen. Glücklicherweise ist die den anderen Verbandskollegen zugeordnete unsolidarische Liebesswürdigkeit so ohne weiteres nicht auszuführen. Es gibt nämlich keine freie Gewerkschaftsorganisation, die die Möglichkeit hätte, eine Berufsgruppe gegen den Willen der bisherigen Organisation aufzunehmen. Dieser Weg ist praktisch ein für allemal versperrt. Wir hätten also nur eine Sonderorganisation der Chemigraphen. Aber ihr fehlte auch die Verbindung mit der ganzen

deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ein Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den unsere Spaltplize selbstverständlich für notwendig halten, ist gleichfalls undurchführbar. Niemals würde die Generalkommission eine solche abgesplitterte Sondergruppe aufnehmen. Wir sind allein auf weiter Flur und damit ohne Rückhalt und ohne Hilfe bei Konflikten.

Und nun versuchen wir uns einmal recht lebhaft diesen von uns oben geschilderten Beruf und die Lage der Gehilfen darin auszumalen. Wie wollen wir mit einem solchen Gebilde den Tarif aufrecht erhalten? Es kommt doch aber noch hinzu, daß keine verwandte Berufsgruppe auf diesen Tarif Rücksicht nehmen würde. Wer wollte es den Lithographen oder anderen Berufskollegen verargen, nachdem sie in der Organisation so im Stich gelassen wurden, daß sie auch auf uns keine Rücksicht nehmen? Wir werden uns also über zu wenig Überläufer kaum zu beklagen haben. Umso lebhafter würden die gern Schmutzkonkurrenz treibenden Unternehmer sich freuen; denn vor einer solchen Splittterorganisation brauchte sich niemand ernstlich zu fürchten.

Der Splittter aber würde ja noch wesentlich kleiner sein; denn wenn wir an die Abstimmung auf der letzten Chemigraphenkonferenz denken, dann wissen wir, daß ja nur ein Teil der Berliner Kollegen den Wunsch nach Absplittterung geäußert hat. Die anderen und alle Vertreter aus Deutschland standen einmütig auf dem Standpunkt, nur im Verbands der Lithographen und Steindruck-

ihre gewerkschaftliche Vertretung zu erblicken. Damit wäre das Resultat der angestrengtesten Bemühungen eine Organisationspielerei; die es im Höchsthalle auf zirka 50—60 Mitglieder bringen dürfte. Damit hätte der so geräuschvoll kreisende Berg so glücklich ein Mäuslein geboren.

Aber so ein Mäuslein ist immerhin ein recht gefährliches Tier. Es könnte in unserm so eigenartigen Beruf den dringend notwendigen festen organisatorischen Zusammenhalt soweit lockern, daß doch dieser oder jener Unternehmer, der sich nur widerwillig dem Tarifgedanken unterordnet, dadurch neuen Mut bekommt, seine gewerbschädigenden Seitensprünge durzuführen. Kein Schraubchen darf uns von der festen Bandage, die unseren Beruf umschließt, verloren gehen. Schon warten hier und da einzelne Unternehmer auf eine günstige Gelegenheit, die ihrer Meinung nach allzu hohen Löhne herunter drücken zu können. Täuschen wir uns nicht darüber, daß diese auch vor einem Abspringen von der Tarifgemeinschaft nicht Halt machen würden. Sie werden sich das aber reiflich überlegen, wenn sie damit rechnen müssen, in solch einem Falle den Widerstand einer restlos einigen Gehilfenschaft vorzufinden. Zu diesem Widerstand ist uns jeder einzelne Kollege unentbehrlich. Nur aus der Erkenntnis, daß es sich um die Aufrechterhaltung des ganzen Gewerbes handelt, legen wir den an sich haltlosen Ideen Einzelner eine ernstere Bedeutung bei.

Opfer des Krieges.

Tote:

1914.

Kollege **Karl Moritz**, Steindruker, zuletzt in Lüdenscheid, geb. am 28. Februar 1885 in Iserlohn, Mitglied seit April 1904, wurde seit 22. August 1914 vermißt und ist im Januar 1918 für tot erklärt worden.

1917.

Kollege **Lampert Drummer**, Retuscheur aus München, geb. am 18. Juli 1886, Mitglied seit September 1908, fiel am 5. April 1917 durch Granat-Volltreffer.

Kollege **Friedrich Krämer**, Steindruker, zuletzt in Bonn, geb. am 5. Juni 1883 in Oberbieber a. Rhein, Mitglied seit März 1911, ist im Juli im Westen gefallen.

Kollege **Wilhelm Bonz**, Chemigraph aus Stuttgart, geb. am 13. April 1891, Mitglied seit April 1909 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1908), fand seinen Tod im Herbst 1917.

Kollege **Matthias Kress**, Chemigraph aus Nürnberg, geb. am 9. November 1891, Mitglied seit Januar 1909 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1908), ist am 26. September bei Passendale gefallen.

Kollege **Willy Fasal**, Chemigraph aus Dresden, geb. am 24. November 1898, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit April 1913, fand seinen Tod am 16. November bei einem Sturmangriff im Westen.

Kollege **Friedrich Nürnberger**, Chemigraph aus Frankfurt a. Main, geb. am 15. September 1896, Mitglied seit April 1911, ist am 21. November bei Cambrai gefallen.

Kollege **August Birmann**, Repr.-Photograph aus Nürnberg, geb. am 7. Juli 1897, Mitglied seit Juli 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit September 1912), fiel am 9. Dezember in der Schlucht von Alano am Monte Tomba.

Tote:

Kollege **Paul Werth**, Steindruker aus Hamburg, geb. am 13. November 1880, Mitglied seit November 1899, starb am 20. Dezember in einem Lazarett in Berlin an Lungentzündung.

1918.

Kollege **Eduard Hruby**, Formstecher, zuletzt in Bonn, geb. am 22. September 1883 in Greifenberg i. Schl., Mitglied seit Mai 1911, ist am 8. Januar 1918 in Italien gefallen.

Kollege **Kurt Kühn**, Steindruker aus Leipzig, geb. am 26. November 1890, Mitglied seit April 1909 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1908), fiel am 13. Januar im Westen.

Kollege **Otto Krämer**, Lithograph, zuletzt in Bonn, geb. am 16. September 1898 in Göppinghausen b. Nümbrecht, Mitglied seit Februar 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juni 1915), fand seinen Tod im Januar im Westen.

Kollege **Alois Prinzen**, Steindruker, zuletzt in Viersen, geb. am 22. Juli 1877 in Crefeld, Mitglied seit März 1904, ist am 16. Januar bei einem Eisenbahnunfall bei Kirn tödlich verunglückt.

Kollege **Heinrich Schmitz**, Steindruker, zuletzt in Rheydt, geb. am 20. Juli 1892 in Giesenkirchen, Mitglied seit Juli 1910 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit März 1908), starb am 28. Januar an einer Operation in einem Feldlazarett in Belgien.

Kollege **Ferdinand Reiser**, Lithograph, 2. Vorsitzender der Mitgliedschaft Fürth, geb. am 12. Juni 1879 in Hötting, Österreich, Mitglied seit März 1903, fand seinen Tod als Sanitätssoldat am 29. Januar durch Granatsplitter bei Asiago in Italien.

Kollege **Paul Grajetzki**, Steindruker, zuletzt in Berlin, geb. am 1. August 1877 in Königsberg i. Pr., Mitglied seit Februar 1900, starb am 30. Januar im Lazarett in Mariendorf bei Berlin an Lungentzündung.

Tote:

Kollege **Albert Horn**, Steindruker aus Dresden, geb. am 23. März 1895, Mitglied seit März 1913 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Mai 1909), ist am 10. Februar in einem Feldlazarett an Herzschwäche nach Nierenentzündung gestorben.

Kollege **Walther Arndt**, Steindruker, zuletzt in Leipzig, geb. am 29. März 1883 in Großpöben bei Leipzig, Mitglied seit Januar 1902, starb am 15. Februar in einem Feldlazarett an erlittener schwerer Verwundung.

Kollege **Wilhelm Plimsch**, Steindruker aus Berlin, geb. am 1. September 1878, Mitglied seit Juli 1899, starb am 17. Februar im Kriegslazarett 2 infolge seiner Verwundung (Oberschenkeltschuß) an Verblutung.

Kollege **Walter Hoffmann**, Steindruker aus Dresden, geb. am 18. Dezember 1898, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit Mai 1913, fiel am 19. Februar im Westen.

Kollege **Heinrich Glaab**, Steindruker aus Neu-Isenburg, geb. am 10. Juni 1874, Mitglied seit Juni 1896, starb Anfang März im Feldlazarett bei Lille an Lungentzündung und Herzschlag.

Kollege **Richard Heilbronner**, Steindruker aus Leipzig, geb. am 18. Februar 1872, Mitglied seit Juli 1898, ist am 14. März in einem Feldlazarett an Lungentzündung gestorben.

Kollege **Arthur Erbe**, Positiv-Retuscheur aus Berlin, geb. am 10. April 1882, Mitglied seit November 1902, starb am 21. März an den Folgen einer Bauch- und Beckenverletzung im Feldlazarett.

Kollege **Paul Hinke**, Steindruker aus Altwasser, geb. am 20. April 1897, Mitglied seit April 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1913), fiel am 23. März im Westen.

Kollege **Willy Seiling**, Steindruker aus Leipzig, geb. am 5. Dezember 1881, Mitglied seit April 1900, ist am 29. März in einem Lazarett in Leipzig gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Stellenangebote

Suche

2-3 Formstecher

Vörckel, Bad Schmiedeberg, Bez. Halle.

Verchiedenes

Graphische Fachklassen

Cultur und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

Schnell-Trockenmittel „Extrakt“

patentamtlich geschützt. „Betromit“ patentamtlich geschützt.
ein kleiner Zusatz von 1—4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocknen zu bringen. „Betromit“ bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Firmen glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Ausland. Viele Anerkennungsschreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, chem.-techn. Druckpräparate.

Der praktische Umdrucker.

Von Bernhard Enders. Inkl. Porto 85 Pf. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

Roulett, Fadenstichel

Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an

Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO, Nauynstraße 69.

Inserate

sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.